

„Zukunft der Arbeit - Zukunft des Wohnens“.

„Alternativen zur Wohnmaschine“
 Fachtagung der Hamburgischen Architektenkammer 1982:

350 sollen es gewesen sein, die erwartungsvoll kamen, um Neues zu „Zukunft der Arbeit - Zukunft des Wohnens“ zu hören. Wohl mehr über ihre eigene Zukunft als Architekten. Die Opfer der Wohnmaschinen (Steilshoop usw.) waren nicht geladen. Die CDU schmiß Flugblätter „Hände weg von der Billerhuder Insel“. Der Hamburger Wahlkampf läuft an.

Doch der Erste Bürgermeister war unprogrammgemäß nach Bonn ausgewichen - auf der Suche nach Nestwärme? Also eröffnete Kammerpräsident Bunsmann: „Die Idee, die Arbeiter dieses Staates könnten sich mit Hilfe ihrer Kampf- und Solidargemeinschaften Genossenschaften schaffen, die dann, ihrem Auftrag getreu und immun gegen die Ineffekte eines miesen Monopolismus, die Wohnwelt der Arbeiter- und Angestelltenschaft rein und menschengerecht mit Macht gegen Gewinnmaximiererei durchsetzen, - diese Idee ist zweifach diskreditiert: ... durch die gebauten Ergebnisse und ... eine Vertrauenskrise zwischen Mieterschaft und Gemeinnützigen von neuartiger Dimension ...“

Bezüglich Billerhude steuerte die AK HH gleich auch „Neuansätze sozialer Wohnungspolitik“ des Ausschusses für Stadtentwicklung (Peter Erler) bei: Statt der behördlichen Konzeption („Ordnung“ des Gebiets und Bau neuer Sozialwohnungen) wünscht der Ausschuss den Ausbau des Bestandes und „Revitalisierung“ auf der Basis reduzierter baurechtlicher Standards entsprechend der „Idealvorstellung breiter Bevölkerungskreise“.

Noch zeigt das Präsidentenwort „Das System wird insgesamt umgedacht und umgeändert werden müssen ...“ keine Wirkung.

Analytisch ging Eberhard Mühlich (IWU) in seinem strapaziösen Referat über neue wohnungspolitische Anforderungen ein gutes Stück voran (vgl. die überarbeitete Fassung auf S. 17). Neben der Gefahr einer vertieften Spaltung in „Konsumreichtum aus formeller Überbeschäftigung im einen Teil der Stadt und Selbsthilfe mit Arbeitslosigkeit in andern Teilen“ zeigte er Chancen und die Notwendigkeit der Arbeit in informellen Lebenszusammenhängen auf. Bezugspunkt dafür waren die Modelle des gemeinwirtschaftlichen Bauens und die ökologischen Aufgaben.

Die Konkretisierung dieser Überlegungen war nach Krönig (IWU) und Gitter/Hamacher mit dem Projekt Neu-Kranichstein auch Roland Günter zugeordnet, der mit „Eigenarbeit vor der Haustür“ angekündigt war, aber unvermutet zu einer verhemten Attacke gegen die umweltzerstörenden Praktiken der Neuen Heimat und dem gemeinen Eigenzucht solcher Monopolkonsorten losstürmte (siehe S. 7), ehe er Beispiele aus der Praxis des Holländers Andries van Wijn-



Foto: Serwe / Aulöber

gaarden vorführte, was das zunächst erschreckte und der Spaltung nahe Publikum mit Erleichterung quittierte, um dann bei Per Krusches epischen Öko-Utopien (siehe Ökotoop-Projekt in SO 36) wieder im Sessel zu versinken.

Aber das Thema der obligatorischen Podiumsdiskussion war gestellt. Da die NH (Kurt Jaenecke) nicht erschienen war, entluden sich der Zorn des BDA-Präsidenten Marg und Günters Nachhaken auf den hochrotköpfigen SAGA-Vorstand Staak („Ich bin erst seit einem Jahr dabei“) und Oberbaudirektor Kossak („Ich bin überfordert“). Und aus dem Publikum steuerte der Sanierungsbeauftragter für Hamburg-Altona Walter Seeler die Einsicht bei, daß ja die Mieten für die Gemeinnützigen wie die Arztkosten für die Krankenkassen nur Durchlaufposten seien.

Beim Rausgehen ging's nur noch um die 'Neue Heimat': Demontage oder Aberkennung der Gemeinnützigkeit? Das wäre ihr Bankrott - und der Bankrott der Gewerkschaften insgesamt, ergänzte einer klammheimlich schauernd.

„Die Wiener Siedlerbewegung 1918-1933“ (ARCH+ Sonderdruck) ging weg wie warme Semmeln.

Dietmar Spiegel

Durchblick

Im Zug. Eine Strecke, die man Dutzende von Malen hinter sich hat bringen müssen und die man nicht mehr kennt, weil man schon seit Jahren nicht mehr aus dem Fenster sieht.

Ich erwarte Zerstreung vom jüngsten Heft einer Zeitschrift, die wahrscheinlich allgemein unterschätzt wird: **Die schöne Welt. Das Ideen-Magazin der Deutschen Bundesbahn.** Atemberaubend: ein Beitrag ('Das Rodenstock Portrait', ohne Bindestrich) über einen großen Baumeister unserer Tage und den Atem der Natur. Bayerisch gewandt, sitzt der Herr da, ein aufgeschlagenes Buch auf den übergeschlagenen Beinen. Der Blick schweift in die Ferne. Der unzweifelhaft adlige Kopf ist mit einer metallenen Brille verziert, von Rodenstock, klar. Eben hat der Fotograf den Herrn noch darum gebeten, den Kopf etwas weiter nach rechts zu wenden, so viele das Licht weicher. Der Herr macht einen guten Eindruck auf diesem Reklamefoto; man würde überhaupt nicht auf den Gedanken kommen, daß er sein Geld als Kunstarchitekt verdient, weil er so professionell dreinschaut: eben wie einer, der von hunderten von ermüdenden Sitzungen beim Fotografen weiß, wie man sich in Szene setzen

PERMA-Kultur: eine Alternative zum Widersinn des EG-Agrarmarktes?

Der Australier Bill Mollison ist einer der drei Preisträger 1981 des von Jakob v. Uexküll gestifteten „Alternativen Nobelpreises“. Sein PERMA-KULTUR-Konzept beruht auf der Anwendung systemökologischer Einsichten auf die Landwirtschaft und das Bauen (vgl. den Bericht von D.+ M. Kennedy auf S. 19). Anders als in der Monokulturen der EG-Bauern dient jede Pflanze, jedes Tier nicht nur einer Funktion, sondern sie liefern sich wechselseitig Nährstoffe und Energie, schützen sich gegenseitig.

Ist PERMA-KULTUR eine Alternative zum EG-Agrarmarkt und zugleich ein Modell für die „Dritte“, die Zweidrittel-Welt? Genau dies. Ist PERMA-Kultur übertragbar auf hiesige Bedingungen? Sie ist es, selbst in den Städten.

96% des EG-Agrarbudgets (das sind fast 3/4 des EG-Gesamthaushalts) werden für die Lagerung, Verschleuderung, Denaturierung oder Vernichtung der Agrarüberschüsse aufgewendet. 1981 waren dies 33 Mrd. DM. Das mag als Wahnsinn erscheinen, aber es ist System. Die Einkommen der Bauern sollen gesichert werden - durch staatliche Abnahmegarantien und zu festgesetzten Preisen. Möglichst viel zu produzieren liegt also im Interesse des einzelnen Bauern, auch wenn die Märkte voll sind. Zwang zu ständiger Intensivierung der Bewirtschaftung, Zwang zum Einsatz von immer mehr Energie sind die ökonomischen Folgen.

Die Zerstörung der humusbildenden Mikroben durch Kunstdünger und daher exponentiell steigender Kunstdüngerbedarf

muß, um einer Rodenstockbrille Bedeutung zu verleihen. Er sagt: „Es ist an der Zeit, die architektonische Erstarrung hinter sich zu lassen und sich von den überholten, menschenfeindlichen Dogmen zu lösen“. Hat er nicht früher auch die Welt erstarren lassen und schönes Geld damit gemacht? Schwamm drüber, Schnee von vorgestern. Welche Dogmen er denn da genau meine, will der Mann von Rodenstock wissen, als ihm der Herr „jetzt in seiner Büro-Villa im Münchener Nobelstadtteil Bogenhausen gegenüber sitzt“. Der Herr „setzt seine Brille ab“ (seine?), „die Finger spielen mit dem Bügel. 'Sehen Sie, das ist so ähnlich wie mit den Brillen' „(sagt er im Hinblick auf das vereinbarte Honorar)“. 'Früher haben wir sie nur unter praktischen Gesichtspunkten betrachtet, als reine Sehhilfe. Heute suchen wir uns eine Brille unter individuellen Gesichtspunkten aus'. „(Achtung, geglättete thematische Verknüpfung:)“ 'In der Architektur hat der Funktionalismus auch das Praktische in den Vordergrund gestellt, die Echtheit des Materials. Heute begreifen wir langsam, daß Zweckerfüllung nicht der Weisheit letzter Schluß ist' „(vielleicht wäre es des Kontos letzter Schluß)“ 'daß der geistige Atem ins Leben gehört, der Atem der Natürlichkeit'. 'Nein ich will keinen Pulverkaffee, der Nachbar ist's zufrieden. Ich

(mit der Folge einer Überdüngung der Gewässer), zunehmende Krankheitsanfälligkeit der Monokulturen, die mit noch mehr Chemie (Herbi- u. Pestiziden) zu bekämpfen versucht wird, sind die ökologischen „Neben“wirkungen dieses Systems.

Steigende Energiepreise v.a. sorgen dafür, daß auch das Hauptziel dieses systematischen Widersinns, eben die Sicherung der bäuerlichen Einkommen, verfehlt wird.

Das ganze Ausmaß des Verbrechens wird jedoch erst angesichts der hohen Importabhängigkeit der Landwirtschaft deutlich. 50% der Futtermittel werden aus Entwicklungsländern eingeführt. (Müßten die importierten Futtermittel in der Bundesrepublik erzeugt werden, so wären 11 Mio ha Weideland zusätzlich erforderlich, also fast soviel wie die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche der BRD). Getreide aus Ländern, in denen 3/4 der Bevölkerung hungern, wird von deutschen Bauern an Schweine verfüttert.

Und umgekehrt: die EG-Getreideüberschüsse werden zu Billigstpreisen an die ärmsten Länder der Welt, wie z.B. Bangla Desh, als „Nahrungsmittelhilfe“ verschleudert und damit dort die einst blühende Landwirtschaft ruiniert. Housing Programme der Entwicklungshelfer sollen dann die Wohnungsnot in den explodierenden Metropolen lindern, tragen aber ihrerseits nur zu einer weiteren Drehung des Teufelskreises bei.

Kurzum: es ist höchste Zeit den EG-Agrarmarkt zu reformieren, marktgerechte Produktionsmengen und -preise wieder einzuführen und das EG-Agrarbudget allein zur Unterstützung natürlicher, ökologisch vernetzter Anbaumethoden ohne Importbedarf einzusetzen. Es ist höchste Zeit.

Marc Fester

begreife langsam: Die Rodenstockbrille (Werbeslogan: 'Qualität vor Augen') ist für das Gesicht, was der geistige Atem für das Leben ist. Beispiel: Ein zartes, randloses Modell das gegenwärtig unter der Intelligenz in Mode ist, wurde von einer Dame mit weißem Telefon kreiert, der es in erster Linie nicht um Augengläser, sondern um eau de toilette ging. Inzwischen ist jenes Brillenmodell, rastlos propagiert, bei der hübschen Verkäuferin in der Konditorei ebenso angelangt wie beim duftenden Berater in der ersten Etage des Herrenausstatters. **Die schöne Welt** über die jüngste Großschöpfung des Herrn Architekten: „Da gibt es Bogenfenster, Steinschmuck, verspielte Erker, kupferne Vordächer, und der Beton ist mit Granit und Sandstein veredelt“. Ist der Herr eine käufliche Seele? Ist er vielleicht ein Aktionär der erfolgreichen Firma für noble Sehhilfen? Wahrscheinlich hat er uns nur sagen wollen, was Brillen aus einem gutem Hause mit Entwürfen aus einem geschmackvoll und stilischer arbeitenden Büro vergleichbar macht: der 'geistige Atem'. Etwas billiger: 'der individuelle Gesichtspunkt' (ein Wort, das sich der Brillenreklame anbietet). Und ganz billig: die Leere, die sich einen Ausdrück kauft. **Schöne neue Welt.**

Axel Debanque

Die Stadt Frankfurt hat einen Ideenwettbewerb anlässlich der Bundesgartenschau im Niddatal ausgeschrieben. Die Sieger sind gekürt und werden ausgestellt.

WAS SIE AUF DEN PLÄNEN NICHT SEHEN ...

„Natur in der Stadt“ lautet das wohlklingende Motto. Doch just das auserkorene Ausstellungsgebiet, das Niddatal zwischen Ginnheim und Hausen, Bockenheim und Praunheim ist **bereits vorhandene** Natur mit zum Beispiel über 60 Vogelarten, mit - laut Ausschreibungstext des 'Ideenwettbewerbs' - 12 Vegetationstypen und grob gezählten 293 Arten. Deshalb ist die Nidda-Aue ja auch **Landschaftsschutzgebiet**. Von den Anwohnern vielseitig genutzt, ist dieses Nah-Erholungsgebiet vertraut und lieb geworden: Heimat.

Die Pläne zeigen nicht, wie es heute aussieht, sondern setzen die Vernichtung bzw. Umwandlung des Bestehenden voraus. Die Pläne zeigen nicht, daß für die Bundesgartenschau die Bauarbeiten - und damit die Zerstörung - bereits ab 1983 beginnen.

Die Pläne zeigen vor allem nicht jene Stadtteile, in denen es wirklich an allen Ecken und Enden an Grün fehlt. Das Geld für die Bundesgartenschau fehlt aber für diese Quartiere. 'Natur in der Stadt' müßte doch heißen, gerade in diesen 'unterversorgten' Wohngebieten Ausgleich zu schaffen durch **neue und wirklich nutzbare** Grünflächen und Freiräume.

Wie wenig wir Bewohner davon haben werden, zeigt auch ein anderer Vergleich: **Jetzt** stehen uns **uneingeschränkt** zur Erholung 115 Hektar offen. **Demnächst** fehlen uns a) 30 Hektar für die Zone I und b) „mindestens 40 Hektar (bis 55 Hektar)“ laut Magistratsvorlage M 82 vom 16.3.81 als garantierte Bundesgartenschau - **Ausstellungsfläche** (nicht gerechnet der Flächenverlust für die technischen Gebäude, Autobahnabfahrten, Parkplätze, Restaurants, Wege, Straßen usw.): Das sind **bis zu 70% der jetzigen Naherholungsfläche!**

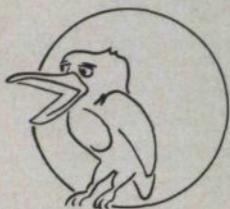
Dr. Ziegler / Dr. Felten (Senkenbergische Gesellschaft) auf einer Pressekonferenz am 3.2.1981: „Das ist **gemachte** Natur, die hält sich nicht.“ Sie meinen nicht die Gartenschau, für die sie eintreten, sondern die Nidda-Aue im heutigen Zustand als Landschaftsschutzgebiet.

Wasseraufbereitung von 40 l/sec für ein Bächlein im Niddatal ändert nichts an der Niddaverschmutzung, läßt sie so, wie sie ist; ändert nichts am Grundwasserhaushalt. Wer so mit der Natur umspringt (und den Menschen, die sie nutzen), dem kommt es auch nicht in den Sinn, wirklich an den Ursachen anzusetzen: **Natur ist nur Mittel zum Zweck, hier in der Bundesgartenschau.** Alles in allem: Die Vertragskündigung kostet nur DM 720.000,-!

BUNDESGARTENSCHAU - SOLLE MER SE REINLASSE?

Die Stadt hat in mehreren Publikationen die Ziele der Bundesgartenschau niedergelegt.

„Das ist gemachte Natur. Die hält sich nicht.“



Nur durch die Bundesgartenschau könne das Niddatal und die Nidda-Aue **vor Bebauung** („vor weiteren Flächenverlusten“) **geschützt** werden, behauptet die Stadt.

Nimmt man das ernst, muß sich die Stadt offensichtlich vor sich selbst in Schutz nehmen, **gehört** ihr doch **95% des Niddatals**. Der Magistrat selbst sagt, es beständen bereits **ausreichende Schutzmaßnahmen** (Frankf. Nachrichten 7.1.). Die Planung einer gigantischen Tennis-Anlage für den TC Palmengarten entlarvt dies als reine „Schutz“-Behauptung. Wirklichen Schutz bietet nur ein von uns **Bewohnern** durchgesetzter „**Negativ-Bebauungsplan**“ sowie die Einbindung des Niddatals in die **Regionalen Grünzüge** (Landesrecht).

Die Stadt verkündet: „Das biologische Gleichgewicht ist so verschoben, daß zunehmend eine **Versteppung** eintritt“. Darum sei ein Ziel der Garten-Show, ...“ die **ökologische Vielfalt** wiederherzustellen“.

Bei einer jährlichen **Niederschlagsmenge** von 621 mm an 175 Tagen (1980) und einer mittleren **Luftfeuchtigkeit** von 77% (Stat. Jahrbuch Frankfurt) führt sich die drohend an die Wand gemalte Gefahr der „Versteppung“ selbst ad absurdum. Das Versteppungs-Menetekel soll verdecken, daß die Baumaßnahmen der Betongartenschau die **bereits vorhandene Vielfalt** an **Flora und Fauna** zerstören. Im Niddatal finden wir nämlich heute - den Umweltbedingungen angepaßt - z.B. über 60 Vogelarten, Schmetterlinge, Hasen, Igel, Sträucher, Blumen, Stauden, Gräser usw. Um die von der Stadt einfältig gepriesene Vielfalt herzustellen, müssen erst die bestehenden Lebensgemeinschaften ausgeradiert werden und neue, künstlich zu schaffende **Lebensbedingungen** installiert werden - mit viel Geld!

Nur durch die Bundesgartenschau könne das Niddatal als „**naturnaher Erholungsraum**“, zurückgewonnen werden, gibt die Stadt vor.

Die Nidda-Aue als Ort der gärtnerischen Leistungsolympiade ist **bereits vorhandenes**, von den **Anwohnern** vielseitig **genutztes Grün**. Durch **Grün** aus der Retorte, das auf 30 ha nur noch „beobachtet“ werden darf, wird mit diesem **Naherholungsgebiet** aber auch das Vertraute und Liebgewordene, also **Heimat** zerstört. Wie hier mit dem Begriff „Natur“ Schindluder getrieben wird, ergibt sich auch aus dem realen **Flächenverlust** durch Hallen (10.000 m²), Restaurants, techn. Gebäude, Parkplätze, Autobahnabfahrten, Wege usw.

Durch die Bundesgartenschau soll der Wasserhaushalt des Niddatals verbessert werden (infolge Grundwasserabsenkung), trompetet die Stadt.

Auch hier geht der BGS-Plan auf keinerlei Weise an die **Ursachen** heran. Viele Baumaßnahmen wie die Autobahn A 66, die Rosa-Luxemburg-Allee, die Verrohrung der Woog, die Nidda-Kanalisation und der Wasserentzug durch das Pumpwerk Praunheim bedrohen und bedrohen den Wasserhaushalt, ganz abgesehen von der aktuellen Planung einer Tennis-Großanlage. Die BGS **beugt** weiteren Verlusten **nicht vor**, da die geplanten Baumaßnahmen und Besucherströme zu Bodenverdichtungen und -versiegelung führen, mit verringerter Wasserzufuhr.

Das Stadtklima würde durch die Bundesgartenschau verbessert, tönt die Stadt.

Eine Hauptursache für das miserable Klima in Frankfurt sind die hohen **Emissionen** (z.B. durch Auto, Industrie usw.). Die angepriesene Klima-Verbesserung ist ein Windei, denn nur eine **neue Verkehrs- und Umweltpolitik** sowie neue Grünflächen in der **Innenstadt** können hier wirksam helfen. Die Stadtteile rund ums Niddatal können eine **Klimaverschlechterung** durch die BGS-Baumaßnahmen erwarten: Die abkühlenden Auen werden verringert, die Taunus- und Talabwinde sowie die regionalen Nord-Ost-Winde werden blockiert.

Einzig durch die Bundesgartenschau könnten „**Grünimpulse**“ (durch einen „**Sachzwang zum Grün**“) für die ganze Stadt gegeben werden, so die Stadt.

Vergleichen wir die Worthülse „Grünimpulse“ mit der (Planungs-) **Wirklichkeit: Bestehende** Grüngebiete wie am Heiligenstock, am Bornheimer Hang werden vernichtet. **Neue** Grünflächen sind nicht vorgesehen. Der ehemals grüne Stoltzplatz in der City **erhielt** bereits durch pflegeleichtes Pflaster einen „Grünimpuls“. Die BGS frißt so viel Geld, daß die Stadtteile, in denen es wirklich an Grün mangelt, weiter in den Schornstein gucken.

Zuguterletzt: Die **Bürger** sollen den „Grünimpuls“ **aufnehmen** und selbst **aktiv** werden, rät die Stadt.

Wir Bürger sollen in ein Korsett schlüpfen, wenn die Stadt uns die aufzunehmenden „Impulse“ vorschreibt wie: „Blumen vor die Fenster stellen, Balkonschmuck usw.“. Die BGS-Planung und der Ideenwettbewerb erlauben Landschaftsarchitekten, ein schon vorgegebenes Konzept abzusegnen. **Planung ohne uns Bürger ist Planung gegen uns**. Mit dem Hinweis auf die BGS sollen nämlich unsere berechtigten Wünsche nach mehr Grün in den Stadtteilen abgewimmelt werden und von der fortschreitenden Vernichtung unserer Umwelt durch Autobahnen, Straßen, Hochhäuser usw. abgelenkt werden. Die Kündigung des BGS-Vertrages ist jederzeit möglich und kostet nur 720.000 Mark.

ViSdP: Bürgerinitiative „Die Grünschnabel“ c/o C. Strothmann, Altkönigstr. 4, 6000 Ffm. 1

Großzügigkeit muß bestraft werden

In der Monitor-Sendung der ARD am 2.3.82 erfuh man Aufschlußreiches zur Handhabung der Vergleichsmiete. Behandelt wurde nicht etwa der Fall des „geldgierigen Hausbesitzers“, der seinen Mietern die Rechnung nach der örtlichen Mietwerttabelle präsentiert, sondern - so unglaublich es klingen mag - das genaue Gegenteil.

Der Besitzer eines selbsterbauten Mehrfamilienhauses in guter Wohnlage und mit guter Ausstattung verlangte, gemessen an der ortsüblichen Vergleichsmiete, viel zu wenig. Aber, es war ihm genug. Na wunderbar, könnte man sagen, daß es solche Hausbesitzer noch gibt! Es war aber kein Grund zur Freude - vor allem für den Hausbesitzer nicht. Die Rechnung präsentierte diesmal das Finanzamt.

Herr Schäfer, unser menschenfreundlicher Hausbesitzer wurde nicht nach seinen tatsächlichen Mieteinnahmen zur Steuer veranlagt, sondern nach den hypothetischen, die er hätte erzielen können. Er hat nun nicht versucht, diesen unerwarteten Steuerbescheid auf seine Mieter abzuwälzen (man stelle sich vor: Mieterhöhung wegen Finanzamtsbescheid - und das noch rückwirkend), sondern er hat das Finanzamt verklagt. Aber wer klagt schon gegen den Staat mit sehr ungewissem Ausgang, d.h. großen finanziellen Risiken und das noch nicht mal im eigenen Interesse, sondern für andere?

Die Monitor-Redakteure haben zur Erörterung des Falls staatliche Steuerexperten befragt. Das Ergebnis:

1. Der Fall von Herrn Schäfer ist keine Ausnahme, sondern kommt häufiger vor.
2. Das Finanzamt begründet seine höhere Veranlagung bei zu „geringer“ Miete generell mit dem Verdacht auf nicht versteuerte Nebenleistungen des Mieters.
3. Der Staat hat natürlich bei dem ohnehin zu knappen Budget kein Interesse, auf mögliche Steuereinnahmen zu verzichten.

Wie schön, daß wir Finanzämter haben, die über das öffentliche Interesse wachen und die sich, wenn ihnen schon die großen Fische durch die Lappen gehen, zumindest an die kleinen Hausbesitzer halten. Schließlich muß ja auch unsere logarithmisch abgestufte Ordnung der Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands auf arm und reich aufrechterhalten werden. Solidargemeinschaften zwischen Hausbesitzern und Mietern schaffen da nur Verwirrung und Unordnung.

Leider hat Arch+ keine Rubrik, wie z.B. der Mann/die Frau des Monats. Herr Schäfer wäre ein Fall dafür. Wir können daher nur sagen: Hausbesitzer laßt Euch in Euren guten Regungen nicht entmutigen!

Sprüche

„Ich denke, daß ich ein Grüner bin.“

Holger Börner, Baumfäller.

Weitere Berichte auf S. 67